antifaschistische informationen



Mitteilungen der VVN/BdA in Nordrhein-Westfalen

Ausgabe 51 **10 / 11 / 12 – 2002**

Von der Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW am 7. September 2002 in Bochum

Ein breites Bündnis für Frieden, gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus schaffen

Eröffnungsrede von MARIA WACHTER, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA NRW

Als Älteste unter Euch freue ich mich, dass ich Euch zu dieser Landesdelegiertenkonferenz noch begrüßen kann. Nur, habt Nachsicht mit mir, es geht alles ein bisschen langsamer.

Unsere Landesdelegiertenkonferenz hat auch diesmal den Schwur der Häftlinge von Buchenwald, der für uns Tradition und Verpflichtung ist, zu ihrer Parole gemacht.

Während des Faschismus war ich – wie viele andere Kameradinnen und Kameraden – im Widerstand. Wir wussten, dass es für uns keinen anderen Weg geben konnte und dass wir auch die Folgen auf uns nehmen mussten. Von dem faschistischen Sondergericht Hamm wurde ich zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, dann zwei Jahre Zwangsarbeit.

Heute spreche ich oft vor Schulklassen und diskutiere mit Schülern und Schülerinnen über das verbrecherische Naziregime und unseren Widerstand, und ich merke immer wieder, wie wichtig die Tätigkeit unserer Organisation ist, wie viel Lücken im Wissen junger Menschen zu schließen sind, wie viel Anregungen wir für ein sinnvolles Leben geben können. Nicht nur wir helfen den Jungen, auch wir werden dabei an Kenntnissen reicher.

Wir leben in einer Zeit, in der der Friede erneut gefährdet ist, in der die Neonazis aufdringlicher und aggressiver werden. Es ist deswegen besonders wichtig, an die Lehre aus der Zeit des Faschismus zu erinnern: Über politische und ideologische Meinungsverschiedenheiten hinweg gemeinsam handeln; breite Bündnisse zu schaffen für den Erhalt des Friedens, gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus. Uns ist es auferlegt zu helfen, dass solche breiten und aktiven Bündnisse entstehen.

Vor allem sollten wir darüber nachdenken und diskutieren, wie wir unsere Arbeit unter der jungen Generation verbessern, intensiver gestalten können. Denn davon hängt weitgehend die Ausstrahlungskraft unserer Organisation ab.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Konferenz viel Erfolg!

VVN-BdA NRW:

Den Krieg und nicht nur die Beteiligung daran verhindern!

Landtag soll Polizeikesselskandal aufklären - Letzte Landeskonferenz vor Einigungskongress der VVN-BdA auf Bundesebene

Die VVN BdA NRW hat auf ihrer Landeskonferenz im Hans-Liersch-Haus der Gewerkschaft ver.di in Bochum zur Friedensdemonstration am 14. September in Köln aufgerufen. Einstimmig wurde zu den Kanzler- und Kanzlerkandidatenerklärungen festgestellt: „Es geht der Friedensbewegung und den Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht nur darum, die deutsche Kriegsbeteiligung zu verhindern, sondern den ganzen Krieg. Wenn die Regierung den Krieg ein Abenteuer nennt, dann muss sie alles tun, um dieses Abenteuer zu verhindern," das viele Tausend unschuldige Menschen das Leben kosten würde. Vor allem müssen den USA und Großbritannien die Nutzung jeglicher Infrastruktur in Deutschland untersagt und die Überflugrechte für den Krieg gegen den Irak verweigert werden.

Die Regierung soll noch vor den Wahlen feststellen: „Wir machen nicht mit, auch wenn es ein Nato- und ein sogenanntes UNO-Mandat gibt." Der Bündnisfall der NATO, beschlossen nach dem 11. September 01 ist sofort aufzuheben. Weigert sich die NATO, so hat die Regierung zu erklären, dass sie sich an diesen Beschluss nicht mehr gebunden fühlt. Der umfassende Ermächtigungsbeschluss zum Kriege, vom Kanzler am 16. November 2001 im Bundestag erzwungen, ist aufzuheben, ebenso wie die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992.

Die VVN-BdA: „Es gilt der Slogan: „Keine Stimme für den Krieg". Die VVN-BdA verlangte auf ihrer Landeskonferenz außerdem, der nordrhein-westfälische Landtag soll endlich die bundesweit einmaligen Polizeiskandale – manifestiert in Polizeikesseln von Dortmund und Düsseldorf gegen Antifaschisten – aufklären. Der Landesinnenminister soll vom Landesparlament aufgefordert werden zu erklären, „was er für die nachhaltige Durchsetzung der Organisationsverbote der Neonazivereinigungen wie ANS, FAP, NO usw. aus den 90er Jahren unternehmen wird", ferner „was seine Antwort auf die fortwährenden Verharmlosungen der Naziaufmärsche durch drei Richter des Bundesverfassungsgerichtes ist."

Außerdem soll die Landesregierung mitteilen, „was sie zum Schutz der Bürger unternehmen will, die vom Anti-Antifa-Terror bedroht sind" und „wie sie das Demonstrationsrecht der Antifaschisten durchsetzen und künftige Polizeikessel verhindern will.

Der Konferenz lag ein Antrag zur engsten Zusammenarbeit mit dem Förderverein der Emslandlagergemeinschaft, den früheren Moorsoldaten, vor, der einstimmig beschlossen wurde. Er sieht gewissermaßen eine Patenschaft mit dieser Vereinigung der Opfer des Faschismus vor, von denen viele aus dem Gebiet des heutigen NRW kamen. Außerdem behandelte die Konferenz Konzepte, wie die Erinnerungsarbeit in Nordrhein-Westfalen durch Benennung von Straßen nach den Widerstandskämpferinnen und –kämpfern wie Hanna Melzer, Kaplan Dr. Rossaint und Günther Weisenborn verbessert werden kann. Die Konferenz nahm Stellung zum Nahostkonflikt, indem mit deutlicher Mehrheit, die Position der Bundesorganisation der VVN-BdA gegen Terror und Staatsterror in Nahost und für die Durchführung der Nahost-UNO-Resolutionen unterstützt wurde.

Auf der Landeskonferenz vertraten 77 Delegierte, darunter sieben, die noch am Widerstand gegen das NS-Regime teilgenommen haben, die rund 1.250 Mitglieder der größten und sehr traditionsreichen Vereinigung der Naziopfer und ihrer Hinterbliebenen sowie jüngerer Mitkämpferinnen und Mitkämpfer, die in rund 20 Kreisvereinigungen arbeiten.

(Fortsetzung auf Seite 2)

ENTSCHLIESSUNG

Die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW solidarisiert sich mit den Aktionen der von Abschiebung bedrohten Roma in Düsseldorf

Wir fordern den Innenminister des Landes, Herrn Behrens, auf, sich für das Bleiberechte der Roma einzusetzen.

Als Mitglieder der VVN-BdA, die den Kampf gegen Faschismus und Rassismus auf ihre Fahnen geschrieben haben, sagen wir:

Es ist eine Schande, dass ausgerechnet die BRD den Roma erneut großes Unrecht antut, ein Land, das

- durch seine maßgebliche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien erst dazu beigetragen hat, dass diese Roma als Kriegsflüchtlinge auch vor dem Terror der UČK fliehen mussten.

ein Land, das

- den Sinti und Roma bis heute Entschädigungen für ihre massenhafte Verfolgung, Ermordung und Deportation aus rassistischen Gründen während des Hitlerfaschismus verweigert.

Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet dieser Staat sich heute wieder an der Vertreibung dieser Bevölkerungsgruppe schuldig macht.

Die Landeskonferenz fordert vom Innenminister, dass er ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Düsseldorfer Oberbürgermeister, Herrn Erwin, einleitet. Dieser ist in besonders illegaler Form gegen die Grundrechte der Roma und Sinti, gegen ihr Versammlungsrecht, vorgegangen und hat Amtsmissbrauch betrieben.

Den Krieg und nicht nur die Beteiligung daran verhindern!

(Fortsetzung von Seite 1)

Es war die letzte VVN-Landeskonferenz im Bundesmaßstab vor dem Vereinigungskongress aller Landesverbände und anderer antifaschistischer Gruppen aus Ost und West Anfang Oktober in Berlin. Sie tagte unter der Losung des Schwurs von Buchenwald. Dieses Gründungsdokument der antifaschistischen Bewegung von 1945, das von den Häftlingen vieler europäischer Länder verabschiedet worden war, wurde auch als Richtschnur für ein angestrebtes antifaschistischer Europa ausgewählt.

„Europa – bitte antifaschistisch“ lautete das Thema einer Arbeitsgruppe, in der die Diskussion über europapolitische und antifaschistische Perspektiven unter besonderer Berücksichtigung der „Zuwanderungsdiskussionen” und der Rechtspopulistischen Entwicklung in vielen Ländern fortgesetzt wurde, die mit einem Antrag an den Bundeskongress der VVN-BdA und mit einem Dokument zur europäischen Verfassungsdiskussion begann.

Gegen rechte kulturelle Hegemonie ging es in der Arbeitsgruppe „Kultur des Antifaschismus“. Junge Rapper, Künstler aus Polen und Kulturarbeiter mehrerer Städte nahmen teil. „Her mit dem Geld für die Sklaven des NS-Regimes“, darum ging es in einer weiteren Arbeitsgruppe, die den Erfahrungsaustausch über die Fortsetzung der Arbeit zu Gunsten der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter führte.

Es wurde ein neuer Geschäftsführender Landesausschuss gewählt, dem Jupp Angenfort (Düsseldorf), Ulrich Sander (Dortmund) und Jochen Vogler (Wuppertal) als Landessprecher vorstehen. Maria Wachter (92 Jahre), Teilnehmerin am antifaschistischen Widerstand und Verfolgte des NS-Regimes, kandidierte nicht erneut als stellvertretende Landesvorsitzende. Die Düsseldorferin wurde unter langem Beifall zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Hans-Dieter Warda vom ver.di-Landesvorstand, hatte die Konferenz zu Beginn mit einem herzlichen Grußwort begrüßt und die Tatsache eines Neonaziaufmarsches zu gleicher Stunde in Wuppertal verurteilt, an dem sich Nazis führend beteiligten, die VVN-Mitglieder terrorisiert haben. Er gedachte der Opfer des 11. September 2001 in New York, aber auch der des 11. September 1979 in Santiago de Chile, die Opfer von Terror und Staatsterror wurden.

Zwei Vorgänge trübten den guten Gesamteindruck der Landeskonferenz:

1. Der bisherige Landeskassierer legte seinen Rechenschaftsbericht so spät vor, dass er nicht mehr von der Revisionskommission geprüft werden konnte. Somit wurde dem bisherigen Kassierer noch keine Entlastung erteilt. Die Prüfung seines Berichtes soll nun von der Revisionskommission und dem Landesausschuss gemeinsam vorgenommen werden.
2. Ein Antrag zu Fragen des Nahostkonfliktes und der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus wurde von der Kreisorganisation Münster ausdrücklich als Diskussionsbeitrag eingebracht und gewertet. Eine knappe Mehrheit der Delegierten befand, er solle als Antrag nicht befasst werden. Der Antrag, bzw. der Diskussionsbeitrag soll nun auf den Internetseiten der VVN-BdA NRW und VVN-BdA Münster zur Diskussion stehen. Dort ist er unter www.vvn-bda nachzulesen.

Folgende weitere Anträge wurden von der Landeskonferenz in dieser Fassung beschlossen

INITIATIVANTRAG

Den Krieg verhindern!

Die VVN BdA NRW hat die Erklärung des Kanzlers vernommen, Deutschland werde sich nicht am Krieg der USA gegen den Irak beteiligen und auch kein Geld dafür ausgeben. Der Kanzler sprach sich für „Solidarität“, aber gegen „Beteiligung an Abenteuern“ aus.

Wir begrüßen diese Erklärung, die abweicht von der bedingungslosen, unkritischen „uneingeschränkten Solidarität“ mit Präsident George W. Bush.

Es geht der Friedensbewegung und den Antifaschistinnen und Antifaschisten aber nicht nur darum, die deutsche Kriegsbeteiligung zu verhindern, sondern den ganzen Krieg. Wenn die Regierung den Krieg ein Abenteuer nennt, dann muss sie alles tun, um dieses Abenteuer zu verhindern.

Noch vor der Bundestagwahl muss der Bundestag einen Parlamentsbeschluss herbeiführen, um die Haltung Deutschlands auf der NATO-Tagung am Tag nach der Wahl, am 23. September, zu bestimmen. Statt einen neuen Bündnisfall zu beschließen, gilt es klarzustellen: Wir machen nicht mit, auch wenn es ein Nato- und ein sogenanntes UNO-Mandat gibt. Der Bündnisfall der NATO, beschlossen nach dem 11. September 2001 ist sofort aufzuheben. Weigert sich die NATO, so hat die Regierung zu erklären, dass sie sich an diesen Beschluss nicht mehr gebunden fühlt. Vor allem ist der umfassende Ermächtigungsbeschluss zum Kriege, vom Kanzler am 16. November 2001 im Bundestag erzwungen, aufzuheben, ebenso wie die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992.

Wenn die Erklärung der Bundesregierung ernst genommen werden soll, dann gilt es:

- deutlich zu machen, dass von Deutschland keinerlei militärische, finanzielle und politische Unterstützung – auch keine indirekte – zu erwarten ist.
- Sofort alle deutschen Truppen aus der Krisenregion zurückzuziehen, insbesondere die ABC-Spürpanzer aus Kuwait und die Marineverbände aus der Golfregion und am Horn von Afrika,
- Die Nutzung der militärischen Infrastruktur in Deutschland einschließlich der US-Basen wie Spangdahlem, Ramstein und Frankfurt Airport durch die USA zu verweigern.

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

Wer der irakischen Bevölkerung aus der Geiselhaft des Saddam-Regimes helfen möchte, muss zivile Mittel zur Befriedung der Region anwenden.

In diesem Sinne wird die Friedensbewegung und wird die antifaschistische Bewegung auch in der Wahlzeit wirken. Es gilt der Slogan: „Keine Stimme für den Krieg“. Und so auch am 11. September, an dem wir deutlich machen, dass wir Terror wie auch Staatsterror ablehnen. Schließlich der 14. September, eine Woche vor der Bundestagswahl. Dann geht es nach Köln zur Großkundgebung der Friedensbewegung und der Gewerkschaftsjugend unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben.“

Beschluss

Gegen den Einsatz deutscher Soldaten in Nahost – Frieden für Israelis und Palästinenser

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) teilt die Beunruhigung in der internationalen Öffentlichkeit über den ständig eskalierenden Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Sie unterstützt alle Bemühungen um die sofortige Beendigung des Krieges als Voraussetzung für eine friedliche Lösung.

Als deutsche Antifaschisten wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen die regierungsoffizielle Erwägung, deutsche Soldaten nunmehr auch im Nahen Osten einzusetzen.

Die Verbrechen des deutschen Faschismus und der Holocaust sind schließlich eine wesentliche Ursache für die Entstehung des Konflikts überhaupt. Es ist deshalb geradezu zynisch, den Einsatz deutscher Soldaten dort mit der besonderen deutschen Verantwortung begründen zu wollen.

Wir fordern, dass die Bundesregierung nicht militärische, sondern friedenspolitische Anstrengungen unternimmt, den Konflikt zu entschärfen, insbesondere durch die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen in die Region und durch nachdrückliche Einflussnahmen auf die politisch Verantwortlichen, die terroristische, militärische und strukturelle Gewalt zu beenden.

Die VVN-BdA tritt entschieden für das Existenzrecht des Staates Israel wie für das eines palästinensischen Staat ein. Sie verlangt die Verwirklichung der Nahost-Resolutionen und -Forderungen der Vereinten Nationen.

Die Landesdelegiertenkonferenz stellt fest:

1. Die VVN-BdA wurde 1947 mitbegründet von jüdischen Holocaustüberlebenden. Sie ist stets gegen jeden Antisemitismus aufgetreten.
2. In der Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Krieg im Nahen Osten verurteilt die VVN-BdA Terrorismus und Staatsterrorismus gleichermaßen.
3. Sie ist solidarisch mit der israelischen und der palästinensischen Friedensbewegung. Eine kritiklose Hinnahme des Terrors von Hamas u.ä. ist für die VVN-BdA ebenso undenkbar wie des Terrors der Regierung Scharon.

Die VVN-BdA verurteilt die Vertreibungspolitik der Regierung Scharon gegenüber den Palästinensern. Sie wendet sich dagegen, dass in der Friedensbewegung und der antifaschistischen Arbeit Begriffe, die eindeutig besetzt sind durch den deutschen Faschismus, wie „Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“, verwendet werden. Sie sind in jeder Hinsicht falsch. Was Vernichtungskrieg ist, wurde eindeutig geklärt mit der Wehrmachtsausstellung: Ausrottung großer Teile der Bevölkerung des besetzten Landes, Teil des Holocaust.

Beschluss

Enge Zusammenarbeit mit dem Förderverein Emslandlagergemeinschaft

Der Bitte um Kooperation des Fördervereins Papenburg e.V. „Emslandlagergemeinschaft“, hervorgegangen aus der 1955 gegründeten Lagergemeinschaft ehemaliger Moorsoldaten, wird entsprochen, und es wird eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen VVN-BdA-Landesverband und Förderverein hergestellt.

Im Auftrag der Leitung des Fördervereins wird die VVN-BdA NRW

- die Interessenvertretung des Fördervereins zu ihrer eigenen Sache machen,
- den Förderverein in den Gremien der VVN-BdA und FIR vertreten,
- den Kontakt zu den Mitgliedern des Fördervereins halten und ihnen die Publikationen der VVN-BdA zugänglich machen,
- Rundschreiben im Interesse des Zusammenhalts an die Mitglieder versenden,
- den Förderverein in den Gremien der Gedenkstättenarbeit vertreten,
- die Pflege der Gedenksteine in Esterwegen (auf Bundesgelände befindlich und nach dem Weggang des Bundeswehrdepots Esterwegen von zweifelhafter Nachbarschaft befreit, aber derzeit auch „unbeaufsichtigt“) sichern.

Die Moorsoldaten in den ersten Moorlagern, den KZs im Emsland, kamen zum großen Teil aus dem Gebiet des heutigen NRW. Es ist daher naheliegend, die enge Zusammenarbeit zwischen „Emslandlagergemeinschaft“ Förderverein und VVN-BdA NRW herzustellen. Die beiden Gedenksteine für Carl von Ossietzky und für die Insassen der „Hölle am Waldesrand“, der 15 Emsland-KZ-Lager, in denen von 1933 bis 1945 Tausende KZ-Häftlinge und andere NS-Verfolgte wie Zwangsarbeiter, Deserteure u.a. litten und viele ermordet wurden, sollen bewahrt und beschützt werden. (1995 wurden sie u.a. von VVN-Kameraden, vor allem von Georg Gumpert, aufgestellt.)

Die Landesorganisation wird Gedenkfahrten mit Jugendlichen nach Esterwegen und in die anderen Orte der Moorlager durchführen, so zu bestimmten Jahrestagen. Die VVN-BdA NRW wird auch die Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum DIZ in Papenburg pflegen.

Beschluss

Wann ehrt NRW seine Vorbilder der Jugend Dr. Rossaint, Günther Weisenborn und Johanna Melzer?

Wir beantragen beim Stadtrat von Düsseldorf, beim Stadtrat von Leverkusen und bei den Stadträten der Ruhrgebietsstädte und geben dem Landtag zur Kenntnis:

Die Stadträte mögen die Benennung von Straßen nach den antifaschistischen Widerstandskämpfern Johanna Melzer (Hamm), Kaplan Dr. Joseph Rossaint (Düsseldorf) und Günther Weisenborn (Leverkusen, Velbert) beschließen.

Zu den Personen:

JOHANNA MELZER
(1904–1960), Arbeiterin und Abgeordnete, Mitglied der KPD, Widerstandskämpferin im Ruhrgebiet, 1934 in Hagen verhaftet und 1945 von den Alliierten aus der Haft befreit, nach 1945 aus politischen Gründen inhaftiert.

Dr. JOSEPH ROSSAINT
(1902-1991), Kaplan, führender katholischer Widerstandskämpfer, eintreten für die Einheitsfront der Antifaschisten, 1936 verhaftet und im weltweit beachteten Katholikenprozess von Berlin verurteilt, 1945 von den Alliierten befreit, nach 1945 Präsident der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

GÜNTHER WEISENBORN
(1902-1969). Schriftsteller, Mitglied von Widerstandsgruppen, 1943 verurteilt und 1945 von den Alliierten befreit, Verfasser des Werkes „Der lautlose Aufstand“ über den deutschen Widerstand.

Diese Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer stehen stellvertretend für Tausende Antifaschisten, deren Vergessen droht. Die Vereinigte VVN-BdA nimmt ihre Landesdelegiertenkonferenz in Bochum zum Anlass, für diese drei Antifaschisten die Benennung von Straßen in den Städten NRWs zu beantragen. Wir bitten den Landtag, diese Anträge ebenfalls zu unterstützen.

Die Delegierten und die Wahlen

Von 90 gewählten Delegierten sind 77 anwesend und stimmberechtigt.
Ihr Durchschnittsalter beträgt 54,2 Jahre; die jüngste Teilnehmerin ist 17 und der älteste Teilnehmer ist 87 Jahre alt.
Unter den Delegierten sind 50 Männer und 27 Frauen. Sieben wurden von den Nazis verfolgt und 14 weitere wurden nach 1945 im Kalten Krieg in der Bundesrepublik aus politischen Gründen verfolgt. 63 Delegierte sind Mitglied einer Gewerkschaft. Der Durchschnittsbeitrag beträgt 8,05 €.
Die Konferenz entschied sich einstimmig, satzungsgemäß einen Sprecherrat zu wählen.
Jupp Angenfort, lngjähriger Landesvorsitzender, Maria Wachter und Volker Adam, bisher stellvertretende Landesvorsitzende, erhielten den herzlichen Dank der Konferenz für ihre langjährige Tätigkeit in diesen Funktionen. Maria wurde zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Jupp und Volker arbeiten weiter im Geschäftsführenden Landesausschuss.

Gewählt wurden zu Landessprechern der VVN-BdA:

Jupp Angenfort	ja 76	nein 0	Enthaltung	1	abg. 77
Ulrich Sander	ja 75	nein 1	Enthaltung	1	abg. 77
Jochen Vogler	ja 75	nein 1	Enthaltung	1	abg. 77

Gewählt wurden weiter in den Geschäftsführenden Landesausschuß:

VolkerAdam	ja 73	nein 4	Enthaltung	0	abg. 77
Bruno Bachler	ja 77	nein 0	Enthaltung	0	abg. 77
Karlheinz Berger-Frerich	ja 73	nein 3	Enthaltung	1	abg. 77
Cornel Ehrentraut	ja 70	nein 3	Enthaltung	4	abg. 77
Peter Huntenburg	ja 75	nein 1	Enthaltung	1	abg. 77
Eva Nimmert	ja 74	nein 0	Enthaltung	3	abg. 77

Die Gewählten nahmen die Wahl an und bilden nunmehr den geschäftsführenden Landesausschuss gemeinsam mit der gewählten Landeskassiererin Traute Sander (ja 77, abg. 77) und dem gewählten Schriftführer Horst Vermöhlen (ja 77, abg. 77).

Wahl der Vertreter im Bundesausschuss
Vorgeschlagen und gewählt wurden: Jupp Angenfort, Gerd Deumlich, Ulrich Sander und als Stellvertreter Horst Vermöhlen (einer der Gewählten wird den Förderkreis Emslandlagergemeinschaft im BA vertreten).

Wahl der Revisoren und Revisorinnen
Gewählt wurden: Daniel Lack, Ingrid Lange-Sari, Hans-Peter Speer.

Wahl der Beschwerdekommission
Gewählt wurden Walter Malzkorn, Rosel Vadehra-Jonas und Claudia Wöhrmann-Adam.

Wir gehen dramatischen Zeiten entgegen

Schlusswort von JUPP ANGENFORT, Landessprecher

Liebe Kameradinnen und Kameraden

Im Namen aller, die heute in die verschiedenen Funktionen unserer Organisation gewählt wurden, möchte ich für das Vertrauen danken, das uns gegeben wurde. Wir werden uns bemühen, gute Arbeit zu leisten.

Dank allen, die unsere Konferenz gegrüßt und ihr Erfolg gewünscht haben. Aus der Vielzahl nenne ich den Gruß des Oberbürgermeisters von Bochum, Ernst-Otto Stüber, und den Gruß des Vertreters der Gewerkschaft verdi, Hans-Dieter Warda.

Unser Dank gilt auch den Kollegen Ortwin Bickhove-Swiderski von der Gewerkschaft Verdi. Er hat sich in besonderem Maße darum bemüht, daß wir hier im „Hans Liersch Haus“ unsere Konferenz unter guten Bedingungen durchführen konnten.

Dank allen, die durch ihre vielfältige Hilfe zum guten Verlauf der Konferenz beigetragen haben. Stellvertretend nenne ich die Kameradinnen und Kameraden aus Bochum.

Wir haben eine interessante Konferenz hinter uns. Es gab auch demokratischen Meinungsstreit. Ich finde, das ist normal und richtig, wenn es um die Lösung der Probleme geht. Ich hoffe, daß bei denen, deren Meinung sich bei der einen oder anderen Abstimmung nicht durchsetzen konnte, keine Bitternis zurückbleibt.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir gehen dramatischen Zeiten entgegen. Es droht ein militärischer Angriff auf den Irak. Führende Persönlichkeiten der USA haben sich dafür ausgesprochen. Es droht ein Bombenkrieg, die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung des Irak, der Tod Tausender unschuldiger Menschen.

Bei einem militärischen Abenteuer weiß man, wie es begonnen hat. Wie es endet, weiß man nicht. Es kann in einer Katastrophe enden. Es kann zu einem großen Krieg führen, zu einem Krieg, in dem auch Atomwaffen eingesetzt werden. Von dieser Möglichkeit haben Politiker der USA bereits gesprochen. Die Folgen wären nicht abzusehen. Die Gefahr ist real. Schließlich war die USA der erste und einzige Staat, der Atomwaffen bereits eingesetzt hat.

Wir alle erinnern uns noch an die entsetzlichen Folgen des Abwurfs von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Mehr als 200.000 Menschen wurden auf einen Schlag umgebracht. Zivilisten. Unschuldige Menschen. Sie wurden hingemordet, denn der Krieg war entschieden. Japan war militärisch am Ende. Der eigentliche Sinn des Atombombenabwurfs war, die Waffe einmal echt auszuprobieren und der übrigen Welt den dicken Knüppel zu zeigen.

Und jetzt ein Krieg gegen den Irak, eventuell sogar mit Einsatz von Atomwaffen? Das darf nicht sein!

Bei einem Krieg gegen den Irak steht auch sofort die Frage im Raum: Welches ist denn der nächste Staat, der überfallen wird? Präsident Bush hat bereits von der „Achse des Bösen“ gesprochen. Er hat neben dem Irak den Iran und Nordkorea genannt.

Vielleicht aber wird das nächste Land Saudi-Arabien sein? Es gibt Spannungen zwischen diesem Land und den USA. Das aber ist nicht die Hauptursache. Die Hauptursache ist, daß Saudi-Arabien Öl hat. Viel Öl. Die Ölreserven der Welt gehen zu Ende. Es findet ein weltweiter Konkurrenzkampf um diesen Rohstoff statt. Wer die Hand darauf hat, ist strategisch in einer günstigen Position und kann in Zukunft märchenhafte Gewinne machen. Deswegen halte ich es für möglich, daß auch Saudi-Arabien im Visier imperialistischer Kräfte ist.

Die Älteren unter uns haben noch den letzten Weltkrieg in Erinnerung. Die vielen Millionen Toten, das Leid und Elend unschuldiger Menschen. Wir wollen keinen Krieg mehr! Wir wollen Frieden. Lasst uns das laut und deutlich sagen und dafür wirken.

Motto unserer Landesdelegiertenkonferenz:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung,

der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

(Aus dem Schwur von Buchenwald vom 19. 4. 1945)

Aus dem schriftlichen Bericht an die Landeskonferenz

Die Landesdelegiertenkonferenz 2000, die unter dem Motto „Erinnern für die Zukunft - Für ein Europa ohne Rassismus und Faschismus” tagte, bekräftigte unser im Mai 2000 vorgelegtes Dokument zur Schaffung einer EU-Grundrechte-Charta unter Zugrundelegung der antifaschistischen Errungenschaften deutscher und anderer europäischer Verfassungen, darunter die NRW-Landesverfassung. Gefordert wurde eine antifaschistische Verfassung für Europa. Der Bundeskongreß der VVN-BdA 2000 nahm unsere Initiative auf. Er beschloß das Hinwirken auf eine Aufnahme antifaschistischer, antirassistischer und friedenspolitischer Inhalte in die Europäische Charta für Grundrechte. Die FIR und ihre Mitgliedsorganisationen sollen in diese Diskussion einbezogen werden.

Sozial-, Beratungs- und Betreuungsarbeit – Gerechtigkeit für Zwangsarbeiter

Die gesetzlichen Vorschriften und ihre Umsetzung sind, wie schon angedeutet, in vieler Hinsicht unzureichend. Nur ein Teil der Leistungsberechtigten konnte bisher mit Abschlagzahlungen bedacht werden; die Mittel der Bundesstiftung werden nicht ausreichen, den im Gesetz festgelegten Personenkreis in voller Höhe zu entschädigen (soweit in diesem Falle überhaupt von „Entschädigung“ gesprochen werden kann), zumal die „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft“ einen Teil der von ihr erzielten Zinsen für entsprechende Einlagen weiterhin der Bundesstiftung vorenthält.
Die Bestrebungen auch unseres Landesverbandes, durch Eingaben an die Leitung der Bundesstiftung und schließlich an den Bundesminister der Finanzen und an das Bundesverfassungsgericht den Ausschluß der „italienischen Militärinternierten 1943-45“ von den Leistungszusagen des Gesetzes rückgängig zu machen, führte bisher nicht zum Erfolg.

Arbeit der Neofaschismus-Kommission

Die Kommission führt jährlich Wochenend-Bildungsseminare zu aktuellen Fragen der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus durch. „Volksgruppenpolitik als Menschenrecht?“ hieß das Seminar im Dezember 2001, und jenes im Dezember 2000 war der Entlarvung rechter militaristischer Medien und Organisationen gewidmet.
Die Ergebnisse der Seminare werden in Broschüren zusammengefasst. Aktuell ist die Broschüre „Grenzen auf für Deutschland? Aktuelle Analysen zu Pan-Germanismus, Revanchismus, Ostexpansion“. Argumente gegen die friedensgefährdenden Kräfte zu sammeln und der antifaschistischen Bewegung für die praktische Auseinandersetzung zur Verfügung zu stellen,
dem dient auch die Broschüre „Der Militarismus ist nicht tot, er riecht nur streng“ (vom vorletzten Seminar). In Vorbereitung ist ein Seminar im Dezember 2002 mit dem Titel: „Biopolitik, Gentechnik und faschistisches Menschenbild“.

Die Arbeit mit der Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik“

Unsere Landesorganisation hat sofort nach Erscheinen der Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ ein Exemplar dieser Schau nebst Miniaturausgabe angeschafft und laufend eingesetzt. Bisher wurde die Ausstellung in NRW in folgenden Städten gezeigt: Eschweiler, Ennepe-Ruhr-Kreis, Köln, Oberhausen, Radevormwald, Wattenscheid, Leverkusen, Gelsenkirchen, Herten/Herne, DGB Region Uckermark/Barnim (Eberswalde/Brandenburg, Mönchengladbach, Aachen, Neuss, Siegen, Dortmund.
Der Auftakt der Arbeit mit der Ausstellung verlief problematisch: Als sie im April 2001 in Eschweiler im Rathaus gezeigt werden sollte, sorgte ein „anonymer“ Anruf mit Verfassungs-schutzhintergrund für die Absetzung der Ausstellung. Inzwischen wurde sie dort jedoch vom Bürgermeister Rudi Bertram eröffnen. Die Ausstellung mit 27 Schautafeln, auf ihnen umfang-reiche Dokumente unterschiedlicher Art, stellt als Schwerpunkt die Ideologie des Neofaschismus dar. Daneben wird über Organisation, Beziehungen und Hintergründe sowie Gegenstrategien aufgeklärt. Im Raum Aachen wird zusätzlich mit von der VVN Aachen angefertigten antifaschistischen und antimilitaristischen Aussagen gearbeitet. Dazu gehört die Darstellung wie es der VVN-BdA gelang, dem ultrareaktionären Verband Deutscher Soldaten zu einer neuen Bundesführung zu verhelfen: Die Bundeswehrführung nötigte nach Enthüllungen der VVN-BdA den VDS, seinen pro-nazistischen Präsidenten abzusetzen und sich von ihm zu distanzieren.

Friedens- und Antikriegsarbeit

Nie die Rolle des deutschen Militarismus in der Geschichte außer acht zu lassen, die UNO-Charta mit ihren Aussagen auch gegen eine deutsche militärische Rolle zur Geltung zu bringen, die schändliche Rolle deutscher Politiker bei der Missachtung der Lehren der Geschichte (dritter Feldzug gegen Serbien. Angriffskrieg gegen Afghanistan, Kolonialtruppen am Horn von Afrika und in Kuwait usw.) anzuprangern und die unsoziale Rolle der Rüstungsverschärfung zu thematisieren, das sahen wir als spezielle Aufgabe als Antifaschisten in der Friedensbewegung an. Eine besondere Problematik erwuchs uns angesichts des Nahostkonfliktes und der Entwicklung nach dem 11. September. Die anhaltende Besetzung der seit 1967 von Israel annektierten Palästinensergebiete muß beendet werden, die UNO-Beschlüsse zu Nahost sind zu verwirklichen. Wir setzten uns für die Beachtung solcher Grundbedingungen in Friedensaufrufen und -aktionen ein: Gleiche Distanz zu Terror und Staatsterror seitens der Friedensbewegung, strikte Vermeidung von Begriffen, die eindeutig besetzt sind infolge der Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus (wie „Vernichtungskrieg“, beispiellose Vertreibung, israelische KZ u.ä.), Existenzrecht von Palästina und Israel, Berücksichtigung des Bekenntnisses als deutsche Antifaschisten zum Staat der Überlebenden der Shoa, Solidarisierung mit der israelischen und der palästinensischen Friedensbewegung.

Die Arbeit gegen Nazipropaganda – Jugendarbeit

Wo wir konnten, sind wir gegen alte und neue Nazipropaganda und Geschichtslügen aktiv geworden. Ein Beispiel:
Aufgrund eigener Augenscheinnahme sowie von Berichten der Medien hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten von NRW Strafanzeige wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gestellt. Die Staatsanwaltschaft München II hat die Ermittlungen unter Aktenzeichen 11 UJs 12424/02 aufgenommen. Dem ging das öffentliche Zeigen von Hakenkreuzen durch österreichische „Veteranen“ auf Bundeswehrgelände in Mittenwald voraus, und zwar anlässlich des Traditionstreffens der Gebirgsjäger am Hohen Brendten am 19. Mai 2002. Die Verantwortung für das diesjährige Pfingsttreffen als Gemeinschaftsveranstaltung der Aktiven- und der Reservisten-Gebirgsjäger trägt zweifellos die Bundeswehr, persönlich Generalmajor Oerding. Berichterstatter waren auch Freundinnen und Freunde unserer Organisation, darunter Jugendliche, die an Ort und Stelle gegen das Traditionstreffen derjenigen protestierten, die u.a. in Griechenland schwerste Kriegsverbrechen begangen haben. Diese Jugendlichen wurden von der Polizei unter Hausarrest gestellt, bis das Treffen beendet war. Es gelang aber, eine Dokumentation der Protestierenden mit Hilfe des NRW-VVN-Landesbüros ins Internet zu stellen und zu verbreiten.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Aus dem schriftlichen Bericht an die Landeskonferenz

(Fortsetzung von Seite 5)

Die gemeinsamen Aktionen gegen Neonaziaktionen in NRW

Immer wieder unternahm die VVN-BdA Initiativen, um zum gemeinsamen Handeln gegen Neonazismus zu gelangen. Dazu gaben uns leider immer wieder Neonaziaufmärsche in unseren Städten und Gemeinden Gelegenheit. Wir gingen auf die Straße, aber versuchten auch politische Nachbereitungen. Nachdem sich das Oberveraltungsgericht Münster im Zusammenhang mit der größten antifaschistischen Demonstration, jener am 21. Oktober 2000 in Dortmund, wie auch danach, zunächst in merkwürdigen Urteilen faktisch auf die Seite der Worch u. Co. geschlagen hatte, änderte sich die Haltung dieses höchsten Gerichtes in NRW unter dem Einfluß seines Präsidenten Michael Bertrams – und nachdem Demokraten, darunter Vertreter der VVN-BdA, immer wieder protestiert hatten. Das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen stellte etwa ab Mitte 2001 in einer umfangreichen Rechtssprechung fest, daß sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren lässt (vergleiche insbesondere: Beschluss des OVG NRW vom 30. 4. 2001, AZ: 5 B 585/01). Rechte Aufmärsche, die von einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus geprägt sind, müßten verboten werden; eine rechtsextremistische Ideologie sei vom Grundgesetz von vornherein ausgeschlossen.
Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich mit einem Beschluss seines Petitionsausschusses vom 18. 09. 2001 auf Antrag der VVN-BdA diese Auffassung zu eigen gemacht. (Siehe „Antifaschistische Informationen“ Nr. 46 –10 / 11 / 12 / 2001). Leider distanzierte sich der Landtag noch nicht von den Polizeikesseln für Antifaschisten (nicht für Faschisten!) in Düsseldorf und Dortmund, wie wir es nach wie vor verlangen.

Zur Geschichtsarbeit

Es hat sich um Peter Baumöller, Manfred Demmer, Günter Judick und Horst Vermöhlen ein Kreis gebildet, der sich der Geschichte der VVN-BdA in NRW annahm. Die Arbeit trug gute Früchte. (Anmerkung: Alle Delegierten auf der Landesdelegiertenkonferenz erhielten eine Ausarbeitung über 50 Jahre VVN in NRW überreicht.)

Zur Arbeit des Landesbüros und der Publikationen wie der Archive der VVN

Das Landesbüro der VVN-BdA von Nordrhein-Westfalen hat sich als unentbehrliches Zentrum unserer Arbeit erwiesen. Besonders Kamerad Horst Vermöhlen hat sich aufopferungsvoll eingesetzt, um aus dem Landesbüro heraus den Erfahrungsaustausch und die Information der Kreise und Gruppen zu organisieren, Kontakt zu Bündnispartnern zu halten und Anfragen, die uns zahlreich erreichen, zu beantworten. Besonders die erfolgreiche Arbeit mit unserer Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ haben wir Horst zu verdanken, der sich auch bei Besuchen in Jugendgruppen (Teilnahme am Verdi-Jugendcamp in NRW u.a.), bei der Prozessbeobachtung im Kemna-Prozeß und bei anderen Gelegenheiten einsetzte. Vom Urteil im Kemna-Prozeß „gingen wichtige politische Signale gegen rechts aus“, wurde in Pressemeldungen erklärt, die Horst verbreitete.
Nicht nur beim Kemna-Prozeß wurde aus dem Landesbüro heraus Resonanz organisiert, auch beim Prozeß gegen den Sprecher der VVN-BdA Aachen, der in dritter höchster Instanz am 7.12.00 von der „Störung der Totenruhe“ o. ä. freigesprochen wurde, konnte das Landesbüro Solidarität mit Kurt Heiler und seinen Freundinnen und Freunden organisieren. Sie hatten in Buchenwald gegen Denkmäler für Nazis und Kriegsverbrecher protestiert.
In diesen Tagen verlässt Dr. Hagen Blau, langjährig in unserer Landesgeschäftsstelle tätig, unser Land, um in Japan seinen Lebensabend zu verbringen. Wir danken ihm für das für uns alle Geleistete und wünschen ihm Glück und Gesundheit.
Regelmäßig werden Vorlagen für Informationsmaterial (zu Verwenden an Info-Ständen) und Informationen anderer Art vom Landesbüro an die Kreise und an andere Landesverbände versandt.
Seit einigen Monaten arbeitet Traute Sander regelmäßig im Landesbüro, um das Archiv „Widerstand an Rhein und Ruhr“ aufzubauen. Erste Nutzungen des Archivs, für die uns Dankschreiben erreichten, weisen auf den Wert eines solchen Archivs hin. Ulrich Sander schließlich hat begonnen, sein Archiv „Militarismus und Bundeswehr“ beim Landesbüro zu installieren und es der antifaschistischen und antimilitaristischen Arbeit nutzbar zu machen. Erste Enthüllungen, wie die über die Gebirgsjäger, die mit unserer Hilfe junge Antifaschisten vornehmen konnten, konnten erzielt werden. Für das Archiv „Widerstand an Rhein und Ruhr“ und „Militarismus und Bundeswehr“ haben wir begonnen, die Mittel bei Freunden und bei Kreisverbänden der VVN-BdA zu sammeln. Erste Erfolge sind zu verzeichnen.

Faschistisches Menschenbild, Gentechnik und Biopolitik – Herausforderungen antifaschistischer Arbeit

Das ist das Thema unseres Seminars am Samstag, dem 7., und Sonntag, dem 8. Dezember 2002, in Köln

Machbarkeitswahn, Menschenauslese und -Züchtung, Eliminierung der Schwachen und Kranken: Diese Verbrechen des Faschismus wurden vorgedacht, vorbereitet und verwaltungstechnisch „bestens“ organisiert. Sie sind bis heute neben der Shoa und dem Krieg Kennzeichen faschistischer Politik.
Die Grundlage dieser Politik hat 1945 überlebt.
Die „Neue Rechte“ griff die Ideen der faschistischen Vordenker auf. Ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen konnten sie sich bis in die Mitte der Gesellschaft ausbreiten.
In den für viele undurchschaubaren Politikfeldern „Biopolitik“ und Gentechnik stehen wir sicher nicht vor einer Neuauflage der T4 Aktion.
Die Debatten um hoch profitable zukünftige Geschäfte mit Gesundheit und Leben vieler Menschen bergen trotzdem Gefahren. Vor allem dort, wo Profit und Machbarkeitswahn die Sicht auf den Menschen auf seinen Nutzen als Arbeitskraft reduziert.

Das Programm:

- „Biopolitik“ und Bioethik – Debatte in Deutschland – von der „Neuen Rechten“ in die „Neue Mitte“
- Euthanasie und ihre geistigen Wurzeln- damals und heute
- GENiale Geschäfte- Zukunft made by BAYER & Co.
- Der frauenlose Embryo-Feministische Anmerkungen zur Embryonenforschung
- Volksgesundheit und Menschendesign- Gesundheitspolitische Selektionsvorstellungen in neoliberalen Zeiten
- Konservativ-christliche ´Lebensschützer` und ihre Position zur Gentechnologie

Das Tagungszentrum ist behindertenfreundlich. Anfahrtsbeschreibung nach Anmeldung. Tagungsbeitrag ist 10 Euro. Übernachtung nach verbindlicher Anmeldung möglich.
VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel. Fax: 0202-450629 oder vvn-bdanrw@freenet.de
Veranstalter: Kommission „Neofaschismus“ der VVN-BdA NRW und Hartmut-Meyer-Archiv.

Grußschreiben an die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW

Stadt Bochum
Der Oberbürgermeister
VVN-BdA
Gathe 55
42107 Wuppertal

Sehr geehrter Herr Vermöhlen,
Fast täglich erfahren wir in den Medien von ausländerfeindlichen Übergriffen in vielen Staaten Europas und auch in Deutschland. Damit wird leider immer deutlicher, dass das Ende des 2. Weltkriegs leider nicht das Ende des Faschismus war. Während diese Erkenntnis von vielen Seiten lange nicht akzeptiert wurde, hat sich die VVN-BdA seit fast 60 Jahren der Aufgabe gewidmet, gegen rechte Tendenzen engagiert aufzutreten.
Gerne wäre ich daher am 7. September 2002 zu Ihnen gekommen, um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landesdelegiertenkonferenz in Bochum zu begrüßen. Jedoch bin ich durch andere Verpflichtungen daran gehindert, Ihrer Einladung zu folgen. Ihnen sowie den Delegierten übermittle ich daher auf diesem Wege meine besten Wünsche und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ernst-Otto Stüber

Weitere Grußschreiben an die Konferenz richteten:

Ulla Jelpke MdB,
Innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Berlin

Lothar Evers,
Geschäftsführer Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, Köln

Wolfgang Simon,
Vorstand Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, Köln

Sabine Bauer,
Politische Landesgeschäftsführerin Bündnis90/die Grünen, Düsseldorf

Fred Löwenberg,
B.V. VdN e. V., Berlin

Patrik Köbele und Marion Köster,
DKP Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen, Essen

Felix Oekentorp,
Landesgeschäftsführer DFG-VK, dortmund

Peter Brodrück,
Organisationssekretär DGB Region Ruhr-Mark, Bochum

Kurt Goldstein,
Comité International d'Auschwitz, Berlin

Prof. Dr. Ludwig Elm,
Landesvorsitzender TVVdN/BdA-e.V., Erfurt

Hüseyin Avgan,
Bundesvorsitzender DIDF, Köln

Es folgen Beschlüsse des Bundeskongresses der VVN-BdA, die für unsere Arbeit besonders wichtig sind:

Gerechtigkeit für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – jetzt!

Nur ein Teil der Leistungsberechtigten aus dem Kreis der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter konnte bisher mit geringen Abschlagzahlungen bedacht werden. Nach einem dreiviertel Jahr der Auszahlungs-Praxis der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" und ihrer Partnerorganisationen ist festzustellen:
1. Die Mittel der Bundesstiftung werden nicht ausreichen, um den im Gesetz festgelegten Personenkreis in voller Höhe zu entschädigen (soweit in diesem Falle überhaupt von „Entschädigung" gesprochen werden kann), zumal die „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft" einen Teil der von ihr erzielten Zinsen für entsprechende Einlagen weiterhin der Bundesstiftung vorenthält und nur rund drei Prozent der deutschen Unternehmen sich überhaupt an der Entschädigung der Zwangsarbeiter beteiligten.
2. Die vorgenommenen Abschlagzahlungen und die Praxis mehrerer Partnerorganisationen im Umgang mit den ihr neu anvertrauten Menschen lassen befürchten, dass nur wenige der Opfer zu Lebzeiten den ihnen zustehenden Betrag erhalten werden.
3. Die Tatsache, dass erst nach Festlegung der Summe von 10 Milliarden Mark für eine unbekannte Zahl von Überlebenden die Beträge für die Antragsteller ermittelt werden, führt dazu, dass noch weniger pro Kopf ausgezahlt wird, als vorher zugesagt wurde. Es ist zu befürchten, dass es für viele nur bei einer Abschlagzahlung bleiben wird. Zudem ist die Tendenz erkennbar, ganz Opfergruppen von den Zahlungen auszuschließen, damit „das Geld reicht". So deutet sich an, dass nicht ausreichende Glaubhaftmachung und unvollkommene Belege über die Zeit als Zwangsarbeiter zu Ablehnungen der Zahlungen führen werden.
4. Besonders empörend ist der Umgang mit den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus den nichtjüdischen Opfergruppen und aus den Ländern, die nicht zu Osteuropa gehören. Die zuständige Partnerorganisation der deutschen Stiftung, die internationale Migrationsorganisation in Genf (IOM), legte 68.000 Leistungsberechtigte zugrunde, bisher trafen jedoch 325.000 Anträge ein. Um mit den Mitteln auszukommen, wird jetzt daran gedacht, die Einzelbeträge weiter zu kürzen und ganze Gruppen auszusortieren. Außerdem sollen noch zwei Jahre ins Land gehen, bis die IOM ihre Arbeit abgeschlossen hat.
5. Die Bestrebungen auch unserer Organisation, durch Eingaben an die Leitung der Bundesstiftung und schließlich an den Bundesminister der Finanzen und an das Bundesverfassungsgericht den Ausschluss der „italienischen Militärinternierten 1943-45" von den Leistungszusagen des Gesetzes rückgängig zu machen, führten bisher nicht zum Erfolg. Es zeichnet sich ab, dass eine juristische Entscheidung auf die lange Bank geschoben wird, um dann die rund 90.000 Betroffenen endgültig abzuweisen.
Die Bundeskonferenz fordert die Bundesregierung und die Koalitionsparteien auf, eine Novellierung des Entschädigungsgesetzes nach Anhörung insbesondere der Opferverbände in den Bundestag einzubringen und zu verabschieden, die folgende Forderungen berücksichtigt:
• die sofortige Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel durch Zahlung von 1 Promille vom Jahresumsatz sei-tens der noch nicht an den Zahlungen beteiligten Firmen, ferner durch Überweisung der ausstehenden Zinsen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen, das Stiftungsgesetz erheblich nachzubessern.
• Der IOM sind schnellstens weitere Mittel zuzuleiten, damit diese in kürzester Zeit allen Antragstellern den zuste-henden Betrag auszahlen kann.
• Die IMIs, die ehemaligen italienischen Militärinternierten, sind ebenso in den Kreis der Leitungsberechtigten einzubeziehen, wie die anderen Zwangsarbeiter, deren Status von den Nazis in Zivilarbeiter umgewandelt wurde, nachdem sie als Kriegsgefangene nach Deutschland gebracht wurden.
• Die Praxis der zögerlichen Bewilligung allenfalls von Abschlagzahlungen ist abzuschaffen. Sehr schnell muss der volle Betrag ausgezahlt werden. Vor allem den ehemaligen KZ-Häftlingen ist sofort der volle Betrag von 15.000 DM (entsprechend in Euro) auszuzahlen.
• Die Entschädigung politischer Strafgefangener unter dem NS-Regime, die Zwangsarbeit z. B. in Zuchthäusern leisten mussten, wird von den gesetzlichen Leistungen nicht ausgeschlossen werden.
Die Partnerorganisationen der Bundesstiftung sind anzuhalten, ihr Arbeitstempo zu erhöhen, Bürokratie im Umgang mit den Opfer abzubauen und den Opfern die Glaubhaftmachung ihrer Leidenszeit zu erleichtern.
Die deutschen Archive und anderen Instanzen, die an Nachweisen und Glaubhaftmachungen mitwirken, sind anzu-halten, großzügig von ihren Auskunftsmöglichkeiten Gebrauch zu machen.



Antifaschismus und Grundgesetz

Die VVN-BdA tritt dafür ein, alle im Grundgesetz enthaltenen antifaschistischen Grundsätze anzuwenden. Dies gilt insbesondere für den Artikel 139 GG.
Der Vorschlag, in Artikel 26 zusätzliche antifaschistische Prinzipien zu verankern, wird darüber hinaus von der VVN-BdA unterstützt. Dabei geht es darum, zusätzlich zum Artikel 139 GG (Fortgeltung des Verbots von Nazismus und Militarismus) im Artikel 26, der die Vorbereitung eines Angriffskrieges verbietet, auch das Verbot des Nationalsozialismus zu verankern.
In unserem Bestreben nach einer derartigen Ergänzung des Grundgesetzes sollten wir auch zwei wichtige Debatten im Blick haben:

• Die Debatte um eine mögliche EU-Verfassung. In diese sollten die vorhandenen und die angestrebten antifaschistischen Positionen Eingang finden. In diesem Sinne wird der Bundesausschuss der vereinigten VVN-BdA beauftragt, mit den Mitgliedern des EU-Konvents zu sprechen und die Vorschläge der deutschen Antifa-schistinnen und Antifaschisten einzubringen. Auch die FIR sollte zu einer Stellungnahme ermuntert werden.

• Die Debatte unter den Verwaltungs- und Verfassungsjuristen über den juristischen Umgang mit neonazistischen Ideologien und Aktivitäten. Wir verurteilen die Haltung des Bundesverfassungsgerichtes und unterstützen die des nordrhein-westfälischen obersten Verwaltungsgerichtes in Münster, das entgegen Karlsruhe entschieden hatte, daß sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren lässt. Die Behauptung einer Kammer des BVG, Neonazis dürften auf den Straßen und Plätzen demonstrieren, da sie allenfalls eine „missliebige" Meinung verträten, wird von den Münsteraner Richtern – und höchste Verwaltungsrichter stimmen ihnen zu – zurückgewiesen: Das Grundgesetz verbiete von vornherein jeden Rechtsextremismus.

Was den Artikel 139 GG anbelangt, mit dem bereits jetzt die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften als gültig geregelt sind, so bekräftigt die VVN-BdA ihr Unverständnis über die Haltung der meisten Parlamentarier, diesen Artikel als obsolet anzusehen. Vielmehr gilt es, diesen Artikel anzuwenden, dessen Titel „Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften" bereits die Gültigkeit zum Ausdruck bringt.
Die VVN-BdA stellt fest: Die VVN-BdA sieht in besonderem Maße in den Grundrechten nach Artikel 1 bis 17 des Grundgesetzes antifaschistische Aussagen; von großer Bedeutung sind ferner die Aussagen des Grundgesetzes zur Verwirkung von Grundrechten im Falle der Verletzung von Grundrechten (Artikel 18, 19 und 21), zum Widerstandsrecht (Artikel 20), zum Vorrang des Völkerrechts und zum Verbot von Angriffskriegen (Artikel 25 und 26) sowie zum Verbot von Militarismus und Nationalsozialismus (Artikel 139).
Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes bestimmt die Verfassungswidrigkeit und Strafbarkeit von Störungen des friedlichen Zusammenlebens der Völker, insbesondere der Vorbereitung eines Angriffskrieges. Es wird vorgeschlagen, diesen oder einen anderen Artikel dahingehend zu ergänzen, dass auch Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, nationalsozialistisches Gedankengut wieder zu beleben, verfassungswidrig sind. Ange-sichts des gehäuften Auftretens neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Tendenzen sowie fremdenfeindlicher Aktionen wäre dies ein zeitgerechtes Signal mit verfassungsrechtlicher Autorität.

Revanchismus und Geschichtsrevision zurückweisen!

Seit fast einem Jahr erleben wir eine Kampagne, die die Anerkennung und Stabilität der europäischen Nachkriegsordnung in Frage stellt. Sie hat ihren Ausgangspunkt bei den revanchistischen Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs.
Wer geglaubt hat, dass mit dem 2+4-Vertrag die politische Nachkriegsordnung endgültig fixiert worden sei, der wird gegenwärtig durch die Vertriebenenverbände eines Schlechteren belehrt. Lautstark und unterstützt durch Edmund Stoiber sowie Politikern von CDU/ CSU, der FDP und teilweise auch der SPD fordern sie eine formelle Rücknahme von gesetzlichen Regelungen, die in Polen und der damaligen Tschechoslowakei die neue Rechtsord-nung herstellten und durch das Potsdamer Abkommen der alliierten Siegermächte politisch sanktioniert wurden.
Auf den Jahrestreffen im Sommer forderte Edmund Stoiber beispielsweise, dass die „Beneš -Dekrete" und die „Vertreibungsdekrete" der polnischen Regierung aufgehoben werden müssten, bevor Polen und die Tschechische Republik Mitglied der Europäischen Union werden könnten. Damit widerspricht er völkerrechtlich verbindlichen Verträgen mit unseren Nachbarstaaten. Gleichzeitig wird hiermit nicht allein eine EU-Ost-Erweiterung, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung verwirklicht würde, torpediert, sondern versucht, die antifaschistischen Grundlagen der europäischen Nachkriegsordnung, eine der Grundlagen für ein demokratisches Europa, zu verdrängen.
Auf geschichtspolitischer Ebene werden diese revanchistischen Bestrebungen durch das Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen" in Berlin oder an anderen Orten begleitet, das ein Gegengewicht zum Holocaust-Denkmal werden soll und eine Umkehrung der Täter-Opfer-Verhältnisse bezogen auf den deutschen Faschismus intendiert.
Für uns als VVN-BdA ergeben sich daraus folgende Aufgaben:

1. Der neue Vorstand bemüht sich um gemeinsame öffentliche Stellungnahmen mit unseren tschechischen und polnischen Partnerverbänden, in denen die politischen und rechtlichen Grundlagen der Nachkriegsordnung bestätigt werden.
2. Wir initiieren und unterstützen Aktivitäten in Richtung EU / Europa-Parlament, in denen die Unantastbarkeit der Nachkriegsentscheidungen und der antifaschistische Konsens verdeutlicht werden.
3. Wir machen unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen", das von den Vertriebenenverbänden forciert wird, unmissverständlich deutlich.
4. Wir nutzen - allein oder im Bündnis mit anderen antifaschistischen Organisationen - Treffen der Vertriebenenverbände, um im Umfeld publizistisch und politisch unsere Position öffentlich zu machen.
5. Wir regen an, in den Kreisen zu diesen Themen öffentliche Mitgliederversammlungen durchzuführen.

70. Jahrestag der Machtübertragung zur geschichtspolitischen Arbeit nutzen

Das Jahr 2003 liefert uns zahlreiche Ansatzpunkte zur geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit Ursachen und Triebkräften faschistischer Entwicklung in Deutschland sowie den Folgen der Errichtung der NS-Herrschaft.
Es wird darauf ankommen, nicht allein Erinnerungsarbeit zu betreiben, sondern politische Signale zu setzen zur Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Chauvinismus, Demokratieabbau und Au-toritarismus sowie Kriegspolitik heute anzustreben.
In der Auseinandersetzung mit den historischen Vorgängen sollten wir als VVN-BdA darauf hinwirken, dass deut-lich wird, wer ein Interesse an der Errichtung dieser NS-Herrschaft gehabt hat, wer zu den Unterstützern gehörte und welche gesellschaftlichen Kräfte sich gegen die Errichtung der Nazidiktatur gestellt haben. Es muss deutlich werden, dass es – auf unterschiedlicher politischer Ebene – in Deutschland politische Kräfte gab, die rechtzeitig vorher einer faschistischen Entwicklung auf der Straße, im Parlament und im gesellschaftlichen Raum entgegen getreten sind.
Als Veranstaltungstermine bieten sich je nach regionalen Gegebenheiten folgende Ereignisse und Daten an:

30. Januar – Machtübertragung
27. / 28. Februar – Reichstagsbrand
24. März – Ermächtigungsgesetz
1. April – erster Juden-Boykott
7. April – Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
1./2. Mai – Zerschlagung der freien Gewerkschaften
10. Mai – Bücherverbrennung
22. Juni – Verbot der SPD

Gründungsdaten der ersten Konzentrationslager
erste Daten des Widerstandes der Arbeiterbewegung (Ziegenhals bis regionale Aktionen)
Widerspruch in kirchlichen Kreisen (November: Gründung Pfarrernotbund)

Diese Arbeit wollen wir in breiten Bündnissen realisieren, wobei der Anteil unserer Organisation sichtbar sein muss und ein klares politisches Profil haben sollte.
Daraus ergeben sich folgende Handlungsvorschläge:

1. Am Donnerstag, den 30. Januar 2003, soll in Berlin eine zentrale Veranstaltung zum Jahrestag der Machtübertragung unter deutlich erkennbarer Mitwirkung der VVN-BdA stattfinden.
2. Die zahlreichen Jahrestage im Jahr 2003 sollten auf regionaler und überregionaler Ebene zu Aktivitäten genutzt werden. Dazu findet am Samstag, den 23. November 2002, eine zentrale geschichtspolitische Beratung in Kassel statt. Eingeladen werden dazu Kreisvereinigungen, Geschichtsinteressierte und Institutionen, um die bis dahin feststehenden Planungen vorzustellen und gemeinsame Schwerpunkte zu beraten.
3. Der neue geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, eine Materialliste zu erstellen, die den Kreisen und Interessierten zur Verfügung gestellt werden kann.

Herausgeber: Geschäftsführender Landesausschuss der VVN–BdA von NRW. V. i. S. d. P.: Ulrich Sander. Landesbüro: Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel. / Fax: 0202 / 450629. E-Mail: VVN-BDANRW@LINUXPLANET.NU – Internet : www.vvn-bda.de
Spenden und Mitgliedsbeiträge erbeten auf Konto Nr. 282 12-435 bei der Postbank Essen, BLZ 360 100 43.
Die VVN-BdA ist vom Finanzamt anerkannt als gemeinnützige steuerbegünstigte Körperschaft. Sie ist Mitglied der FIR, sie ist UNO-NGO.